Ä37 zu L1: Unser Plan für eine laute, hartnäckige und konstruktive außerparlamentarische Opposition

Antragsteller*innen Tobias Rohrberg (KV Märkisch-Oderland)

Antragstext

Von Zeile 15 bis 16:

Die Rechte von geflüchteten Menschen in Brandenburg werden immer ~~weiter~~wieder missachtet. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander und ~~gegen Abschottung!~~für Humanität, transparente, zügige Verfahren und Integration. Wir ~~werden~~stellen uns den echten Ursachen, die zu Herausforderungen bei der Versorgung und Unterbringung von Menschen führen, sowie den echten Ursachen für die Ängste und Zweifel einiger Menschen. Angst haben Menschen eben nicht ~~lockerlassen~~nur, wenn sie aus anderen Ländern kommen und ~~eine neue Regierung steht unter strenger Beobachtung~~zweifeln, ob sie in Deutschland willkommen sind. Viele Menschen in unserem Land haben inzwischen auch Sorgen und Ängste, dass Fluchtmigration negative Konsequenzen für sie hat.Es braucht gezielte Sprachkurse, schnelle Arbeitszulassungen, dezentrale Unterbringungen, gute Versorgung für alle Menschen und mehr Geld für die Kommunen! ~~Das~~Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele herausfordernd, für einige überfordernd. Integration ist nicht nur unsere Pflicht, um Menschenrechte zu achten, sondern auch notwendig, da wir auf Arbeits- und Fachkräfte dringend angewiesen sind.

Wir wollen uns daher gemeinsam der Aufgabe stellen, die Asyl- und Integrationspolitik so zu gestalten, dass Aufnahme, Versorgung und Integration vor Ort gelingt, das Asylrecht erhalten und der Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt wird. Die realen Probleme in einem Teil der Kommunen aber auch die hektische sogenannte Migrationsdebatte, gezielte negative Stimmungsmache und unrealistische Forderungen haben dazu geführt, dass die Ablehnung des Asylrechts, Diskriminierung, Bedrohung und Spaltung zugenommen haben.[Zeilenumbruch]

Dabei wird Migration oft zu Unrecht als einfache Erklärung für komplizierte Problemstellungen instrumentalisiert. Wir werden nicht lockerlassen, dem uns auch in der Opposition entgegenstellen und eine neue Regierung genau beobachten. Wir werden uns gemeinsam mit Verbänden und Zivilgesellschaft gegen die weitere Entrechtung von Geflüchteten und Menschen auf der Flucht stellen.

Begründung
Modifizierte Übernahme von Teilen des Beschlusses „Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft“ der 50. BDK von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16. November 2024 in Wiesbaden.